

1. Vertragsbestandteile/Vertragsgrundlagen

1.1. Vertragsbestandteile sind:

- a) die Auftragschreiben des Auftraggebers (nachfolgend AG genannt) an den Auftragnehmer (nachfolgend AN genannt),
- b) Verhandlungsprotokolle mit Anlagen
- c) Projektspezifische Sondervereinbarungen
- d) die Leistungsbeschreibung einschließlich der ihr zugrunde liegenden Unterlagen (insbes. Zeichnungen, Muster, Pläne) und sonstigen Vertragsbedingungen in der Rangfolge gemäß dem Verhandlungsprotokoll,
- e) diese Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB),
- f) die VOB/B in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung, sowie nachrangig das Werkvertragsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), jeweils soweit dieser Vertrag nebst Anlagen nichts anderes regelt,
- g) die für den Leistungsbereich geltenden technischen Vorschriften, sowie Normen, Bestimmungen der Behörden und Prüfinstitute, Herstellervorgaben und sonstige Richtlinien, einschließlich der anerkannten Regeln der Technik, in der jeweils gültigen Fassung zum Zeitpunkt der Abnahme;
- h) alle sonstigen für die Bauausführung relevanten öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Richtlinien sowie die Vorgaben der Bau-/Fach-Berufsgenossenschaft sowie der Betriebssicherungsverordnung

1.2. Geschäftsbedingungen und technische Bedingungen des AN (insbesondere Lieferungs-, Leistungs- und Zahlungsbedingungen) sowie das Angebot des AN oder vom AN selbst erstellte Fassungen oder Änderungen des Leistungsverzeichnisses werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, sie sind ausdrücklich im Verhandlungsprotokoll als Vertragsbestandteil aufgelistet oder werden vom AG ausdrücklich schriftlich anerkannt.

1.3. Die Rangfolge im Falle von Widersprüchen und Unklarheiten der Vertragsbestandteile ergibt sich aus der Reihenfolge der Ziffer 1.1. Soweit Vertragsbestandteile den anerkannten Regeln der Technik nicht genügen sollten, sind die anerkannten Regeln der Technik maßgebend.

1.4. Sollte sich ein Widerspruch in den Vertragsbestandteilen trotz der vorstehenden Regelungen nicht auflösen lassen, bestimmt der AG die Ausführungsart innerhalb des sich aus den Vertragsbestandteilen ergebenden Rahmens nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB. Diese Leistungsbestimmung des AG stellt keine Leistungsänderung dar.

1.5. Der AN ist verpflichtet, sich über die Vertragsbestandteile und Vertragsgrundlagen, die Örtlichkeiten und sonstige allgemein zugängliche Informationen umfassend über die Anforderungen zur Erfüllung seiner Leistungsverpflichtung zu informieren. Forderungen des AN, insbesondere solche auf Mehrvergütung oder auf Bauzeitverlängerung, die darauf beruhen, dass er diese Pflicht nicht erfüllt hat, sind ausgeschlossen.

2. Leistungsumfang, Vergütung

2.1. Alle vereinbarten Preise (Einheitspreise oder Pauschalpreise) sind Festpreise für die Dauer der vertraglichen Bauzeit.

2.2. Der AN schuldet die Erbringung eines vollständigen und funktionalen mangelfreien Werkes. Die gesamte Bauleistung einschließlich Montage von zu liefernden Teilen gilt als einheitliche Bauleistung i.S.v. § 650a BGB. Der AN ist zur Erbringung von Teilleistungen nur berechtigt, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

2.3. In den vereinbarten Preisen sind sämtliche Leistungen, also auch sog. Hilfs- und Nebenleistungen inklusive der besonderen Leistungen im Sinne der Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV), VOB/C u.a.,

enthalten, die zur Erbringung des vertraglich geschuldeten Erfolges erforderlich sind.

2.4. Im Falle einer Pauschalierung trägt der AN das Massenrisiko. Er ist - auch wenn die Leistungen zunächst nach Einheitspreisen mit Vordersätzen ausgeschrieben waren - verpflichtet, die für eine vollständige funktionsgerechte Gesamtleistung erforderlichen Massen eigenverantwortlich zu ermitteln.

3. Leistungsänderungen

3.1. Leistungsänderungen (Änderungen des Vertrages im Sinne des § 650b BGB) darf der AN nur nach vorheriger Anordnung des AG in Textform ausführen.

3.2. unbesetzt

3.3. Für Leistungsänderungen gelten §§ 650b und 650c BGB mit folgenden Maßgaben:

3.3.1. Begehrt der AG eine Änderung, ist das Angebot gemäß § 650b Abs. 1 Satz 2 BGB vom AN unverzüglich, spätestens innerhalb von 8 Werktagen ab Zugang des Änderungsbegehrens beim AN an den AG zu übergeben, es sei denn Art und Umfang des Änderungsbegehrens lassen keine Angebotserstellung innerhalb dieser Frist zu und der AN teilt dies innerhalb dieser 8 Werktagen dem AG unter konkreter Angabe von Gründen und der benötigten Werktagen mit.

3.3.2. Das Angebot des AN gemäß § 650b Abs. 1 Satz 2 BGB hat nach Wahl des AN den Anforderungen gemäß § 650c Abs. 1 oder Abs. 2 BGB zu entsprechen. Es sind prüfbare Nachweise beizufügen.

3.3.3. Hat der AG gemäß § 650b Abs. 1 S. 4 BGB für die Angebotserstellung eine Planung zur Verfügung zu stellen, ist diese vom AN nach Zugang des Änderungsbegehrens unverzüglich, spätestens innerhalb von 4 Werktagen beim AG unter Benennung der für die Angebotserstellung notwendigen Informationen in Textform anzufordern. In diesem Fall beginnt die Frist gemäß Ziffer 3.3.1 ab Zugang der Planung beim AN.

3.3.4. Kommt der AN mit der Übergabe eines den Anforderungen entsprechenden Angebotes in Verzug, ist der AG sofort zur Anordnung gemäß § 650b Abs. 2 BGB berechtigt. Das Gleiche gilt, wenn der AN die Erstellung oder Übergabe eines Angebotes ernsthaft und endgültig verweigert.

3.3.5. In dringenden Fällen, in denen dem AG das Abwarten der Frist von 30 Tagen gemäß § 650b Abs. 2 BGB nicht zumutbar ist, hat er das Recht diese Frist nach billigem Ermessen angemessen zu verkürzen und dies dem AN bereits mit Erklärung des Änderungsbegehrens in Textform unter Angabe von Gründen mitzuteilen. Das Anordnungsrecht des AG gemäß § 650b Abs. 2 Satz 1 BGB gilt dann bereits mit Ablauf der verkürzten Frist.

3.3.6. Nach Ablauf der Frist von 30 Tagen gemäß § 650 Abs. 2 BGB ist der AG in jedem Fall zur Anordnung in Textform berechtigt.

3.4. Für die Vergütungsanpassung bei Anordnungen nach § 650b Abs. 2 BGB i. V. m. vorstehenden Regelungen gilt § 650c BGB mit folgenden Maßgaben:

3.4.1. Für die Berechnung der Höhe der Mehr- oder Mindervergütungsanspruch gemäß § 650c Abs. 1 Satz 1 BGB gilt ein Zuschlag für Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn in Höhe von (zusammen) 5%, sofern kein anderer Zuschlag vereinbart wird.

3.4.2. Zwischen den Parteien vereinbarte Einheitspreise für Mehr- oder Minderleistungen gelten vorrangig vor § 650c BGB und beinhalten sämtliche Zuschläge.

Sofern nicht ein gesonderter Nachlass auf die Einheitspreislise vereinbart wurde, gelten die Nachlässe für die Preise des

Hauptauftrages auch für die Vergütung von Leistungsänderungen.

- 3.5. Der AN überreicht dem AG spätestens 10 Werktage nach Vertragsabschluss in einem verschlossenen und mit Unterschrift versiegelten Umschlag seine Urkalkulation. In der Urkalkulation sind zu den vereinbarten Preisen folgende Kostenelemente getrennt aufzuführen: Baustellengemeinkosten, Baustelleneinrichtungskosten, Einzelkosten der Teilleistung, kalkulierte Mittellöhne, Zuschläge auf Löhne und Stoffe, Zuschläge auf Fremdleistungen, kalkulierte Lohnerhöhungen, die allgemeinen Geschäftskosten sowie Wagnis und Gewinn.
- 3.6. Der AG ist berechtigt, das Nachtragsangebot des AN anhand der Urkalkulation nachzuprüfen. Hierzu gestattet der AN dem AG die Einsicht in die Urkalkulation im Beisein des AN. Die Urkalkulation wird danach wieder verschlossen. Sie wird dem AN nach Fälligkeit der Schlusszahlung und der verbindlichen Klärung aller Vergütungsfragen zurückgegeben.
- 3.7. Ohne Anordnung zur Ausführung oder schriftliche Nachtragsbeauftragung gleichwohl ausgeführte Leistungen führen nicht zu Ansprüchen auf Mehrvergütung oder Bauzeitverlängerung gegenüber den vertraglichen Festlegungen. Gesetzliche Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag oder Bereicherungsrecht bleiben unberührt.
- 3.8. Leistungsänderungen berechtigen den AN nur dann zu einer Verlängerung der Vertragsfristen, wenn der AN dem AG rechtzeitig vor der Ausführung und schriftlich die Notwendigkeit zur Verlängerung der Vertragsfristen anzeigt und die Arbeiten auf dem „kritischen Weg“ liegen und nicht durch zumutbare Anstrengungen terminlich kompensiert werden können. Etwaige berechnete Verlängerungen der Vertragsfristen sind in die Nachtragsbeauftragungen mit aufzunehmen und ohne abweichende Vereinbarung in den bisherigen Fristen enthalten.

4. Stundenlohnarbeiten

- 4.1. Zusätzliche Aufträge im Stundenlohn müssen schriftlich beauftragt werden. Beauftragungen für Stundenlohnarbeiten dürfen nicht vom Bauleiter, sondern nur vom Projektleiter des AG ausgesprochen werden.
- 4.2. Die Stundenlohnzettel sind dem AG spätestens an dem der Ausführung nachfolgenden Werktag über dessen örtliche Bauleitung vorzulegen.
- 4.3. Die Unterzeichnung der Stundenlohnzettel bestätigt Empfang und sachliche Richtigkeit, beinhaltet aber keine Anerkennung einer Vergütungspflicht im Stundenlohn. Die Prüfung, ob es sich bei den Leistungen um Vertragsarbeiten handelt, bleibt vorbehalten; die Beweislast dafür, dass dies nicht der Fall ist, verbleibt auch im Falle der Unterzeichnung eines Stundenlohnzettels beim AN.

5. Ausführungsunterlagen/Prüfungen/Freigaben

- 5.1. Der AN hat sämtliche Ausführungsunterlagen bezüglich der von ihm geschuldeten Leistung sofort nach Erhalt auf etwaige Unstimmigkeiten (wie z.B. Planungsfehler, Planungslücken und Widersprüche, Verstöße gegen die anerkannten Regeln der Technik und sonstige Abweichungen zu den vertraglichen Anforderungen) zu überprüfen und den AG unverzüglich auf entdeckte oder vermutete Mängel hinzuweisen.
- 5.2. Die Prüf- und Hinweispflicht des AN gilt auch für alle in den Ausführungsunterlagen angegebenen Maße, soweit diese die Leistungen des AN betreffen. Sämtliche Maße sind am Bau zu überprüfen.
- 5.3. Der AN hat alle von ihm zu liefernden Planunterlagen, Berechnungen, Muster bzw. Proben von Materialien/Produkten rechtzeitig, unter Beachtung einer angemessenen Prüffrist für den AG von mindestens 2 Wochen, vor Beginn der Ausführung bzw. vor seiner Bestellung zur Freigabe und Koordination mit den anderen Gewerken dem AG vorzulegen.

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zu Grunde gelegt werden, die vom AG gemäß dem von ihm bestimmten Freigabeprozess zur Ausführung freigegeben sind.

- 5.4. Der AN hat – soweit nicht in den Vertragsunterlagen bereits geregelt – vor Beginn der Ausführung mit dem AG abzustimmen, welche Dokumentationen, Sachverständigenabnahmen, Bestandsunterlagen und Bedienungs- und Wartungsunterlagen von ihm vorzulegen sind.
- 5.5. Eine vom AG erfolgte Freigabe von Planungen, Berechnungen, Mustern, Proben oder sonstigen Leistungen des AN beinhaltet keinerlei Haftungs- oder Risikoübernahme durch den AG und schränkt die Haftung des AN nicht ein. Der AN kann sich nicht darauf berufen, dass der AG aufgrund eigener Sachkunde Mängel hätte erkennen können.

6. Datenraum

Sofern der AG für die Projektbeteiligten ein elektronisches Projekt- und Dokumenten-Managementsystem bzw. einen Datenraum (Projektserver) einrichtet, ist der AN verpflichtet, unter Beachtung der hierfür vorgesehenen Nutzungsvorgaben (z.B. Dokumentenlayout usw.) daran teilzunehmen. Eine eventuelle Kostenbeteiligung des AN wird im Verhandlungsprotokoll festgelegt. Die auf Seiten des AN entstehenden Kosten trägt dieser selbst.

Informationen, die auf dem Projektserver hinterlegt sind, gelten als dem AN zur Verfügung gestellt. Der AN ist verpflichtet, sich die für ihn relevanten Informationen aus dem Datenraum herauszuziehen.

7. Ausführung

- 7.1. Der AN hat die Leistung im eigenen Betrieb auszuführen. Die Weitergabe von Leistungspflichten des AN an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG und der AN hat dem Dritten alle Verpflichtungen aus dem Vertrag uneingeschränkt aufzuerlegen, insbesondere den vereinbarten Versicherungsschutz.

Der AN darf keine Kundenschutzklausel mit Dritten abschließen, die direkte Leistungen an den AG außerhalb des vorliegenden Vertrages untersagen.

Verletzt der AN eine dieser Verpflichtungen und kommt er auch nach einer Fristsetzung der Verpflichtung nicht nach, so ist der AG – unbeschadet von Schadensersatzansprüchen – zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

- 7.2. Der AN hat ein Bautagebuch zu führen und dem AG arbeits-täglich vorzulegen. Die Tagesberichte haben mindestens die folgenden Daten zu enthalten:
 - Belegschaft mit Namen und Berufsbezeichnung;
 - Herkunft, Sozialversicherungsnummer
 - Arbeitszeiten
 - Wetter und Temperatur
 - ausgeführte Leistungen
 - Anlieferung von Geräten und Baustoffen
 - Abnahmen und Prüfungen, wichtige Vertragstermine (z.B. Termine des Bauzeitenplanes, Beginn u. Ende von Bauabschnitten)
 - besondere Vorkommnisse
 - Baustellenbesprechungen.

Eintragungen im Bautagebuch erfolgen zu Dokumentationszwecken und ersetzen nicht die formgerechte Anzeige oder Erklärung gegenüber dem AG. Der AN kann aus den von ihm erstellten Tagesberichten keine Ansprüche und Rechte gegen den AG herleiten, insbesondere keine Ansprüche auf Verlängerung der Bauzeit oder Mehrvergütung.

- 7.3. An allen Baubesprechungen hat der bevollmächtigte deutschsprachige Vertreter des AN teilzunehmen.
- 7.4. Der AN ist verpflichtet, dem AG vor Beginn seiner Leistung einen detaillierten Bauablaufplan vorzulegen, aus dem sich

Beginn und Ende der einzelnen auszuführenden Leistungen sowie die Personal- und Geräteeinsatzplanung ergeben. Diese Planung ist mit dem AG abzustimmen. Der AN hat bei seiner Planung auf die Erfordernisse des Gesamtbauvorhabens und die sich hierbei ergebenden Abhängigkeiten Rücksicht zu nehmen. Im Falle der Veränderung des abgestimmten Bauablaufes, egal aus welchen Gründen, ist die Bauablaufplanung zu aktualisieren und erneut mit dem AG abzustimmen.

- 7.5. Der AN ist auch während der Ausführung jederzeit verpflichtet, dem AG die für eine Gesamtkoordination des Bauvorhabens notwendigen Angaben über einzelne Arbeitsabläufe, Materiallieferungen, Stand der Vorbereitungs- und Werkstattarbeiten etc. zu machen. Auf Verlangen hat er dem AG Nachweise hierzu vorzulegen.

8. Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung

- 8.1. Der AN haftet allein für die Einhaltung der bei Ausführung seiner Leistung zu beachtenden behördlichen Vorschriften.
- 8.2. Der AN ist für die Unterbringung der Arbeitskräfte, den Transport und die sichere Verwahrung von Materialien und Geräten sowie die Medienversorgung selbst verantwortlich.
- 8.3.1. Es besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Benutzung von bestehenden Baulichkeiten und Einrichtungen innerhalb des Baugeländes. Soweit der AN vorhandene Baustelleneinrichtungen, Gerüste, Sicherungseinrichtungen sowie Transportgeräte (z. B. Turmdrehkräne, Aufzüge) mitbenutzen möchte, hat er sich mit dem AG vor jedem Nutzungsfall abzustimmen.
- 8.3.2. Soweit nicht schriftlich anderes vereinbart ist, hat der AG gegenüber dem AN für Mitbenutzungen einen Anspruch auf übliche Kostenbeteiligung.
- 8.3.3. Jede Mitbenutzung geschieht auf eigene Gefahr des AN ohne Bauüberwachung durch den AG. Die Haftung des AG ist - außer bei Verletzung von Leben oder Körper - auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.
- 8.4. Der AN ist für die Einhaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes seiner Mitarbeiter verantwortlich. Hierbei hat er alle erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen zu treffen sowie die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen. Er ist verpflichtet, seine betrieblichen Abläufe so auszugestalten, dass keine Gefährdungen entstehen.
- 8.5. Ein eigenes Bauschild oder sonstige Werbung darf der AN nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung durch den AG anbringen.
- 8.6. Der AN hat die Baustelle in einem ordentlichen sauberen Zustand zu halten und alle von ihm verursachten Abfälle, Bauschutt etc. mindestens arbeitstäglich eigenverantwortlich, auf eigene Kosten und unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen.

Kommt der AN dieser Verpflichtung trotz angemessener Nachfristsetzung nicht nach, so ist der AG berechtigt, diese Entsorgung auf Kosten des AN selbst oder durch Dritte durchzuführen ohne dass es hierzu einer Kündigung oder einer Teilkündigung bedarf.

9. Mängel vor Abnahme

- 9.1. unbesetzt
- 9.2. Die Beseitigung von Leistungsmängeln des AN oder Maßnahmen zur Schadensabwendung und -minderung aus mangelhaften Leistungen des AN kann der AG, ohne dass er hierzu verpflichtet ist, auch ohne vorherige Aufforderung des AN oder vorherige Kündigung selbst vornehmen und dem AN die Kosten hierfür auferlegen, wenn von der mangelhaften Sache Gefahr droht oder die mögliche Schadensfolge ein sofortiges Handeln des AG erfordert.

10. Ausführungstermine und Behinderungen

- 10.1. Es gelten die vereinbarten Vertragstermine für Beginn, Fertigstellung bestimmter Einzelleistungen (Zwischentermine) und Gesamtfertigstellung. Diese Termine können auch über Fristen definiert sein.
- 10.2. Der AG ist berechtigt, die Vertragstermine nach billigem Ermessen aus Gründen der projektorientierten Terminplanung zur Koordinierung der verschiedenen am Bau Beteiligten zu ändern. Der AN ist auch dann, wenn er nicht zu der Störung des Bauablaufes beigetragen hat, zur kooperativen Mitwirkung und neuen verbindlichen Terminvereinbarungen verpflichtet.
- 10.3. Ein eingetretener Verzug des AN wird durch die Fortschreibung von Terminen - auch ohne entsprechenden Vorbehalt des AG - nicht aufgehoben. Ansprüche des AG aus diesem Verzug bleiben bestehen.
- 10.4. Glaubt sich der AN in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er dies dem AG auch dann unverzüglich schriftlich anzuzeigen, wenn dem AG die Tatsache und deren hindernde Wirkung offenkundig bekannt sind. Eintragungen in das Bautagebuch oder in Baubesprechungsprotokollen ersetzen die schriftliche Anzeige nicht. Unterlässt der AN die Behinderungsanzeige, hat er keinen Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände. Unterlässt der AN die Anzeige schuldhaft, so hat er dem AG den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

11. Vertragsstrafe wegen Verzuges

- 11.1. Gerät der AN mit dem vereinbarten Fertigstellungstermin für die Gesamtleistung schuldhaft in Verzug, ist vom AN eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2% der Nettoschlussrechnungssumme je Werktag des Verzuges zu zahlen, soweit im Verhandlungsprotokoll nichts anderes vereinbart ist.
- 11.2. Sofern eine Vertragsstrafe auf den Verzug mit einem Zwischentermin vereinbart ist, beträgt diese - soweit nichts anderes vereinbart ist - 0,2 % des anteiligen Nettoauftragswertes für die pönalisierte Einzelleistung, höchstens aber 5 % hiervon.
- 11.3. Werktage, die bei der Berechnung der Vertragsstrafe wegen des Verzuges mit einem Zwischentermin in Ansatz gebracht worden sind, werden im Fall eines Verzuges mit weiteren Zwischenterminen und/oder des Fertigstellungstermins bei der Berechnung der Vertragsstrafe nicht nochmals berücksichtigt.
- 11.4. Die Vertragsstrafe wegen des Verzuges mit Vertragsterminen (Zwischentermine und/oder Fertigstellungstermin) ist insgesamt auf max. 5 % der Nettoschlussrechnungssumme begrenzt.
- 11.5. Soweit sich der pönalisierte Fertigstellungstermin und/oder Zwischentermin auf Grund eines Bauzeitverlängerungsanspruches verschiebt oder einvernehmlich neu festgelegt wird, gilt die Vertragsstrafenregelung auch für den neuen Termin, ohne dass es einer gesonderten Vereinbarung bedürfte.
- 11.6. Die Vertragsstrafe ist mit Eintritt des Verzuges des pönalisierten Termins ohne weitere Fristsetzung fällig. Bereits verwirkte Vertragsstrafen entfallen nicht durch die Vereinbarung neuer Termine.
- 11.7. Der AG darf eine verwirkte Vertragsstrafe bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung geltend machen, auch wenn er sich dies bei der Abnahme nicht vorbehalten hat.
- 11.8. Soweit der AN dem AG zur Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Verzuges verpflichtet ist, wird diese auf Schadenersatzansprüche des AG gegen den AN aus Verzug angerechnet. Steht dem AG ein Anspruch auf Schadenersatz wegen des Verzuges mit Vertragsterminen zu, so kann er die verwirkte Vertragsstrafe als Mindestbetrag des Schadens verlangen. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens ist nicht ausgeschlossen.

11.9. War der Verzug des AN mitursächlich mit dem Verzug anderer AN des AG, haftet der AN gegenüber dem AG als Gesamtschuldner.

12. Abnahme

12.1. Im Falle einer förmlichen Abnahme der Vertragsleistung findet diese durch beidseitige Unterzeichnung eines Protokolls statt. Sie erfolgt auf schriftlichen Antrag des AN nach Fertigstellung seiner gesamten Leistungen ohne wesentliche Mängel.

12.2. Die Rechtswirkungen des § 640 Abs. 2 BGB treten nur dann ein, wenn der AN den AG schriftlich auf die Folgen der nicht erklärten oder ohne Angabe von Mängeln verweigerten Abnahme hinweist.

12.3. Voraussetzung für die Abnahme ist ferner die Übergabe sämtlicher vom AN im Zusammenhang mit einer vertragsgerechten Erbringung seiner Leistung geschuldeten Unterlagen und Informationen, insbesondere der folgenden: Revisionsunterlagen, Prüfzeugnisse, TÜV-Abnahmeprotokolle, Bedienungs- und Pflegeanweisungen, alle erforderlichen Passwörter sowie die Nachweise über Eigenschaften bestimmter Baustoffe/Bauteile.

13. Mängelansprüche

13.1. Es gilt eine Verjährungsfrist von 5 Jahren ab Abnahme.

13.2. unbesetzt

14. Gefährtragung, Haftung, Versicherung

14.1. Bei arbeitsteiligen Gewerken hat sich der AN zur Regelung des Zusammenwirkens rechtzeitig mit den übrigen, ihm bekannten Drittunternehmern abzustimmen. Soweit er auf den Gewerken eines Drittunternehmers aufbaut, obliegt ihm bei Übernahme des Gewerkes, soweit möglich und zumutbar, die Kontrolle der bereits erbrachten Leistungen. Erkennbare Schäden und Mängel hat der AN sofort dem AG in Textform zu melden. Kommt der AN seiner Kontroll- und Mitteilungspflicht nicht ordnungsgemäß nach, haftet er dem AG für daraus entstehende Schäden.

14.2. Der AN hat seine Werkleistung bis zur Abnahme gegen Diebstahl, Verschmutzungen, Witterungsschäden und sonstige Beschädigungen, z. B. durch Dritte, zu schützen.

14.3. Der AN haftet für alle mittelbaren und unmittelbaren Schäden, die durch sein eigenes Verschulden oder das Erfüllungsgehilfen dem AG oder Dritten verursacht werden.

14.4. Der AN hat den AG von allen Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen, die im Zusammenhang mit der Leistung des AN bzw. von ihm beauftragter Dritter stehen. Dies gilt nicht, wenn der AN nachweist, dass er für die Schadensverursachung nicht verantwortlich ist.

14.5. Der vereinbarte Versicherungsschutz des AN ist bis zum Ende des Haftungszeitraumes des AN (Ende Verjährung für Mängelansprüche) mit einem Nachhaftungszeitraum von mindestens 5 Jahren aufrecht zu erhalten und dem AG nachzuweisen. Durch den Versicherungsschutz wird eine Haftung des AN weder dem Grunde nach noch der Höhe nach beschränkt.

14.6. Der AN tritt hiermit - unbeschadet seiner Haftung gegenüber dem AG - seine Ansprüche gegen die Versicherung, beschränkt auf die Fälle, in denen der AG unmittelbar geschädigt ist bzw. dem geschädigten Dritten zum Ausgleich des Schadens verpflichtet ist, sicherheitshalber an den AG zur eigenen Geltendmachung ab. Der AG nimmt die Abtretung an. Sofern nach dem Versicherungsvertrag eine Abtretung nicht zulässig sein sollte, weist der AN hiermit die Versicherung unwiderruflich an, etwaige Zahlungen nur an den AG als Geschädigten zu leisten. Der AN wird den Empfang der Abtretung bzw. Zahlungsanweisung an die Versicherung durch die entsprechende

Empfangsbestätigung der Versicherung innerhalb von 4 Wochen nach Auftragserteilung nachweisen.

14.7. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die AN ist, haften für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner. Die einzelnen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft erklären unwiderruflich, dass sie im Falle der Insolvenz eines oder mehrerer ARGE-Partner den Vertrag fortführen.

15. Zahlungen/Nachweise

15.1. Der AG ist berechtigt, für die vereinbarten Kostenbeteiligungen/ Umlagen bereits bei den Abschlagsrechnungen einen dem jeweiligen Prozentsatz entsprechenden Anteil von der abgerechneten Summe in Abzug zu bringen. Die bereits einbehaltenen Beträge sind bei der Schlussabrechnung auf die vereinbarten Kostenbeteiligungen und Umlagen anzurechnen.

15.2. Bei Vereinbarung eines Skontoabzuges ist für die Einhaltung der Skontofrist die Veranlassung der Zahlung durch den AG maßgebend und nicht die Gutschrift beim AN. Teilzahlungen führen nicht zum Verlust der Skontoberechtigung auf den Zahlungsbetrag. Der Skontoabzug wird für die jeweilige Zahlung gewährt, unabhängig davon, ob andere Zahlungen ebenfalls in der jeweiligen Skontofrist erfolgen.

15.3. Bei Rückforderungen aus Überzahlungen kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen. Anerkennung und Bezahlung einer Rechnung schließen Rückforderungen wegen fehlerhaft berechneter Leistungen des AN und Forderungen des AG nicht aus.

15.4. Der AN hat innerhalb von 2 Wochen nach Vertragsabschluss folgende Unterlagen beim AG einzureichen.

- Vorlage der Sicherheiten gemäß Ziffer 16
- Freistellungsbescheinigung gem. § 48b EStG
- steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung
- Nachweis der vereinbarten Versicherung des AN
- Nachweis der Mitgliedschaft in Handwerkskammer (z.B. Nachweis Eintragung in der Handwerksrolle)
- Nachweis über den Eintrag ins Handelsregister oder das Gewerbeverzeichnis
- Vorlage Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft und der Krankenkassen
- Vorlage der SOKA-Bau-Enthaltungsbescheinigung

Bei Ablauf der Gültigkeit bzw. Veränderungen ist dem AG eine neue Bescheinigung bzw. aktueller Nachweis vorzulegen.

15.5. Rechnungen des AN werden nur fällig, sofern dem AG die in Ziffer 15.4. aufgeführten Unterlagen in gültiger Fassung vorliegen.

16. Sicherheitsleistungen

16.1. Vorauszahlungssicherheit

16.1.1. Im Falle einer vereinbarten Vorauszahlung hat der AN zur Absicherung der Rückzahlungsansprüche des AG eine Vorauszahlungsbürgschaft in Höhe der Vorauszahlung zu stellen.

16.1.2. Die Übergabe der Vorauszahlungsbürgschaft hat zusammen mit der Rechnung über die Vorauszahlung zu erfolgen und ist Voraussetzung für deren Fälligkeit.

16.1.3. Die Rückgabe der Vorauszahlungsbürgschaft erfolgt nach Wegfall des Sicherungszweckes, d.h. wenn sämtliche Vorauszahlungen mit Werklohnansprüchen des AN verrechnet sind und keine Ansprüche des AG auf Rückzahlung mehr entstehen können.

16.2. Vertragserfüllungssicherheit

16.2.1. Der AN ist verpflichtet, innerhalb von 2 Wochen nach Vertragsschluss eine Vertragserfüllungsbürgschaft zu übergeben. Sofern keine abweichende Höhe vereinbart wurde, ist die Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 10 % der Auftragssumme (falls der Auftraggeber auch Umsatzsteuer an den

Auftragnehmer zahlt, gilt die Auftragssumme inklusive der Umsatzsteuer) zu erbringen.

16.2.2. Die Vertragserfüllungsbürgschaft hat die Ansprüche des AG auf vertragsgemäße Ausführung der Lieferungen und Leistungen einschließlich der Ansprüche aus Leistungsänderungen und auf Erfüllung aller sonstigen vertraglichen Pflichten einschließlich der Erstattung von Überzahlungen, Schadensersatz, Vertragsstrafe und der Erfüllung der bis zur und bei der Abnahme festgestellten Mängelansprüche abzusichern. Ausdrücklich vom Sicherungszweck ausgenommen sind Ansprüche, die erst nach der Abnahme entstehen.

16.2.3. Kommt der AN mit der Stellung der Vertragserfüllungsbürgschaft in Verzug, kann ihm der AG eine Nachfrist von mindestens 6 Werktagen zur Stellung der Sicherheit setzen. Für den Fall des fruchtlosen Ablaufes dieser Nachfrist kann der AG den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen. Schadensersatzansprüche statt der Leistung bleiben unberührt. Bis zur ordnungsgemäßen Leistung der Sicherheit ist der AG berechtigt, die Abschlagszahlungen bis zu dem Gesamtbetrag der geschuldeten Sicherheit einzubehalten.

16.2.4. Die Vertragserfüllungsbürgschaft oder der vorgenommene Einbehalt ist nach der Abnahme zurückzugeben, sofern sie nicht in Anspruch genommen wurden. Insoweit die von der Vertragserfüllungsbürgschaft gesicherten Ansprüche zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfüllt sind, kann der AG einen entsprechenden Anteil an der Sicherheit zurückhalten. Im Übrigen ist die Bürgschaft anteilig freizugeben. Die Bürgschaft ist auch insoweit freizugeben, als der AG über vorgenommene Einbehalte die noch nicht erfüllten Ansprüche ausreichend abgesichert hat.

16.3. Mängelsicherheit

16.3.1. Sofern nichts Abweichendes vereinbart wurde, ist der AN verpflichtet, für die Sicherung der Mängelhaftungsansprüche aus diesem Vertrag einschließlich Leistungsänderungen nebst Schadensersatzansprüchen, die nach Abnahme entstehen, einen Betrag in Höhe von 5 % der Schlussrechnungssumme (falls der Auftraggeber auch Umsatzsteuer an den Auftragnehmer zahlt, gilt die Schlussrechnungssumme inklusive der Umsatzsteuer) als Sicherheit zu leisten (Mängelsicherheit).

16.3.2. Der AG ist berechtigt, von der Schlussrechnung einen Einbehalt in Höhe der Sicherheit vorzunehmen, der vom AN durch Stellung einer Mängelbürgschaft in gleicher Höhe ersetzt werden kann.

16.3.3. Die Mängelsicherheit (Einbehalt oder Bürgschaft) ist nach Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche zurück zu geben, auf keinen Fall aber vor Ablauf der 5 jährigen Verjährungsfrist.

16.3.4. Für den Fall der Verlängerung dieser Verjährungsfrist z.B. durch Hemmung darf der AG einen diesen noch nicht verjährten Ansprüchen entsprechenden Wert der Mängelsicherheit zurück halten.

16.4. In Bezug auf die vorstehend geregelten Sicherheiten wird klar gestellt, dass zu keiner Zeit eine höhere Sicherheit als 10% der Auftragssumme für die Sicherungszwecke gemäß Ziffer 16.2. bzw. 5 % der Bruttoschlussrechnungssumme für die Sicherungszwecke gemäß Ziffer 16.3 bestehen darf. Sollte es entgegen der vorstehend vorgenommenen Abgrenzung doch zu einer denkbaren Kumulation von Sicherheiten kommen, ist der AG verpflichtet, die Sicherheiten in diesem Umfang der Kumulation freizugeben.

16.5. Bei den zu stellenden Bürgschaften muss es sich um eine schriftliche, selbstschuldnerische, unbedingte (nicht auf erstes Anfordern), unbefristete und unwiderrufliche Bürgschaft handeln. Die Bürgschaft muss den Verzicht auf die Einreden (§§ 770, 771 BGB) enthalten, wobei die Einrede der Aufrechenbarkeit und die Einrede der Anfechtbarkeit dem Bürgen zusteht,

wenn die Gegenforderung bzw. das Anfechtungsrecht unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Die Bürgschaften dürfen keine Hinterlegungsklausel enthalten, müssen deutschem Recht unterliegen und als Gerichtsstand Bad Tölz vorsehen. Die Bürgschaftsurkunden haben zu beinhalten, dass die Bürgschaftsforderungen in keinem Fall früher verjähren als die gesicherten Forderungen, spätestens aber in 30 Jahren ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

16.6. Der AG ist nicht verpflichtet, Sicherungseinbehalte auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Sicherungseinbehalte werden zudem nicht verzinst.

16.7. Ein Anspruch des AN auf Sicherheitsleistung gemäß § 650e BGB besteht nicht. § 650f BGB bleibt unberührt. Der AG ist berechtigt, von ihm gestellte Sicherheiten durch andere taugliche Sicherheiten auszutauschen. Dieses Austauschrecht gilt auch für eine gegebenenfalls eingetragene Sicherungshypothek.

16.8. Hat der AN eine Sicherheit gemäß § 650f BGB erhalten und verringert sich der Sicherungsbedarf durch weitere Zahlungen des AG, ist der AN zur Enthaftung der erlangten Sicherheit auf den noch bestehenden Sicherungsbedarf verpflichtet.

17. Kündigung

17.1. Der AN kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund nach § 648a BGB kündigen, wenn er dem AG schriftlich eine angemessene Nachfrist von mindestens zwei Wochen mit ausdrücklicher Kündigungsandrohung gesetzt hat und der AG ein grob vertragswidriges Verhalten fortsetzt.

17.2. Soweit ein Zahlungsanspruch des AN vom AG auf Grund einer tatsächlichen oder rechtlichen Prüfung bestritten wird, ist der AG berechtigt, eine Kündigung dadurch abzuwenden, dass er für die strittigen Zahlungsansprüche eine Bürgschaft entsprechend § 650f BGB stellt. Sollte der Anspruch nicht bestehen, trägt der AN die Kosten der Sicherheit.

17.3. Der AG kann den Vertrag bis zur Vollendung der Leistung jederzeit in Gänze oder zum Teil ordentlich (§ 648 BGB und § 8 Abs. 1 VOB/B) oder aus wichtigem Grund kündigen. Teilkündigungen können sich auf einen abgrenzbaren Teil des Werkes beziehen; diese müssen nicht in sich abgeschlossen sein.

17.4. Im Fall der Kündigung des Vertrages durch den AG steht dem AN die vereinbarte Vergütung abzüglich dessen zu, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Kosten erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft und seines Betriebs erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt; § 648 S. 3 BGB findet Anwendung. Es wird darüber hinaus klargestellt, dass vom AN oder seinen Nachunternehmern beschaffte, aber noch nicht eingebaute Werkstoffe nicht als erbrachte Leistungen abzurechnen sind, sondern angemessen vom AN bzw. seinen Nachunternehmern anderweitig zu verwerten sind. Dem AN steht ein Anspruch erst nach Übergabe aller bis dahin vorliegenden Arbeitsergebnisse und einer prüffähigen Schlussrechnung zu.

Sofern eine Kündigung aus wichtigem Grund auf Grund einer Pflichtverletzung des AN erfolgt, sind die nachweislich vom AN erbrachten Lieferungen und Leistungen vom AG nur dann zu vergüten, wenn diese zu einem klaren, überwiegenden und andauernden Vorteil für den AG geführt haben

17.5. Kündigt eine der Vertragsparteien, hat der AN die Baustelle sofort zu räumen und an den AG herauszugeben. Das Recht des AG gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B bleibt unberührt. Das Recht der Parteien nach § 648a Abs. 4 BGB wird hierdurch nicht eingeschränkt.

17.6. Der AN hat nach einer Kündigung – ohne sich auf ein Zurückbehaltungsrecht hinsichtlich etwaiger Vergütungsansprüche berufen zu können – unverzüglich alle zur Fortsetzung der Planungs- und Bauarbeiten erforderlichen Arbeitsunterlagen herauszugeben.

17.7. Die Kündigung bedarf gemäß § 650h BGB in jedem Fall der Schriftform.

17.8. Auch nach Beendigung dieses Vertrages bleibt der AN verpflichtet, dem AG alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen, die sich auf das Bauvorhaben beziehen.

18. Pflichten bei Einsatz von Arbeitskräften

18.1. Der AN sichert dem AG die Einhaltung der geltenden gesetzlichen und tariflichen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Einsatz von Arbeitskräften zu, insbesondere aus dem Mindestlohngesetz (MiLoG), dem Arbeitnehmerentsendegesetz (A-EntG), Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG), dem Sozialgesetzbuch (SGB) III, IV und VII, dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) sowie den anwendbaren Tarifverträgen.

18.2. Sofern der AN Nachunternehmer oder Leiharbeitsunternehmen einsetzt, hat er sicherzustellen, dass auch diese und die ggf. in der Nachunternehmerkette weiter Beauftragten die vorstehenden Pflichten erfüllen.

18.3. Der AN sichert dem AG zu, dass er und seine Nachunternehmer bzw. Leiharbeitsunternehmen auf der Baustelle nur Arbeitskräfte aus der EU oder solche mit einer gültigen deutschen Arbeitserlaubnis einsetzen und diese ordnungsgemäß versichern. Alle vom AN oder seinen Nachunternehmern bzw. Leiharbeitsunternehmen auf der Baustelle eingesetzten Arbeitskräfte haben folgende gültige Papiere vorzuweisen: Ausweisdokument, notwendige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse bei ausländischen Arbeitskräften und die A1-Bescheinigung für entsandte Arbeitskräfte.

18.4. Der AN wird für eine ausreichende Personenkontrolle und Dokumentation sorgen. Vor Arbeitsbeginn ist der örtlichen Bauleitung eine Liste mit allen eingesetzten Arbeitskräften unter Nachweis der vorgenannten gültigen Papiere zu übergeben.

18.5. Der AN ist verpflichtet, dem AG auf Anforderung unverzüglich alle Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen, die zum Nachweis der Erfüllung der vorgenannten Verpflichtungen erforderlich sind. Der AN ist damit einverstanden, dass der AG diese Auskünfte auch selbst bei den zuständigen Stellen einholt und wird bei Bedarf entsprechende Vollmachten schriftlich bestätigen bzw. von den von ihm beauftragten Nachunternehmern bzw. Leiharbeitsunternehmen bestätigen lassen.

18.6. Der AN verpflichtet sich, den AG von seiner Haftung

- gemäß § 14 AEntG,
- gemäß § 13 MiLoG,
- gemäß § 28e Abs. 3a SGB IV oder
- gemäß § 150 Abs. 3 SGB VII,

unverzüglich freizustellen, sofern der AG aufgrund von Verstößen des AN bzw. seiner Nachunternehmer/ Leiharbeitsunternehmen in Anspruch genommen wird. Sämtliche hieraus entstehenden Kosten und Schäden des AG sind vom AN zu ersetzen.

19. Nutzungs- und Schutzrechte

19.1. An allen Planungen und sonstigen Leistungen, die der AN im Rahmen des Vertrages erstellt, räumt er dem AG das Recht ein, diese für das betreffende Bauvorhaben zu nutzen, zu vervielfältigen und zu ändern und dieses Recht an Dritte zu übertragen. Dies gilt auch im Falle vorzeitiger Vertragsbeendigung. Die Einräumung dieser Rechte ist von der vertraglichen Vergütung mit abgegolten.

19.2. Der AN sichert zu, dass seine Lieferungen und Leistungen keine gewerblichen Schutzrechte Dritter verletzen und frei von Rechten Dritter sind und bleiben. Er verpflichtet sich, den AG und den Bauherrn von allen dennoch geltend gemachten Ansprüchen Dritter freizustellen.

19.3. Hinsichtlich der vom AN zu liefernden, einzubauenden und in anderer Weise zu übereignenden Materialien und Objekte sichert der AN zu, dass diese sein freies und unbeschränktes Eigentum sind.

19.4. Alle dem AN übergebenen Zeichnungen, Berechnungen, Urkunden und sonstigen Ausführungsunterlagen werden bzw. bleiben ausschließlich Eigentum des AG. Sie dürfen ohne Genehmigung des AG weder geändert, vervielfältigt, veröffentlicht oder für einen anderen als den vertraglich vereinbarten Zweck benutzt noch dritten Personen zugänglich gemacht werden.

19.5. An Unterlagen ist jedes Zurückbehaltungsrecht des AN ausgeschlossen.

20. Schlussbestimmungen

20.1. Als Werktage gelten alle Kalendertage inklusive Samstage, die nicht Sonntage oder gesetzliche Feiertage sind (6-Tage-Woche). Als Arbeitstage gelten Montag bis Freitag ausgenommen gesetzliche Feiertage.

20.2. Die Verjährungsfrist für die Erfüllungsansprüche und Schadensersatzansprüche, die bis zur Abnahme entstanden sind, beträgt mindestens so lange wie die Verjährungsfrist für Mängelansprüche.

20.3. Der AN ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG nicht berechtigt, seine Forderungen gegen den AG abzutreten, zu verpfänden oder durch Dritte einziehen zu lassen. § 354a HGB bleibt unberührt.

20.4. Eine Aufrechnung gegen Forderungen des AG ist nur mit Forderungen des AN zulässig, die sich aus diesem Vertragsverhältnis ergeben und entweder vom AG nicht bestritten werden oder rechtskräftig festgestellt sind.

20.5. Erfüllungsort ist die Baustelle (Bad Tölz).

20.6. Der Vertrag unterliegt deutschem Recht. Die Geltung des UN-Kaufrechts wird ausgeschlossen. Die Verhandlungs- und Vertragssprache ist deutsch.

20.7. Im Geschäftsverkehr mit Kaufleuten oder Personen, die Kaufleuten gleichgestellt sind, ist der ausschließliche Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag Bad Tölz.

20.8. Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen unwirksam sein oder unwirksam werden, so bleibt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine solche wirksame zu ersetzen oder eine unerkannte Regelungslücke dergestalt zu schließen, dass der mit der Vereinbarung erstrebte wirtschaftliche Erfolg erreicht wird.